

Notwendigkeit der Zustandebringung der Gewerkschaft der der landwirtschaftlichen Arbeiter aussagt, für unbestreitbar.

Mit der Entstehung der Landesorganisation der ungarländischen Landarbeiter im Jahre 1906 fing die Organisation der Landarbeiter ihre Tätigkeit auf wirtschaftlichen Grundlagen an, und dadurch begann auch die Entfaltung der gewerkschaftlichen Bewegung. Der Verband der Landarbeiter – betont der Autor – engte prinzipiellen die Zusammenwirkung der Arbeiter und der Bauer nicht auf die der industriell und landwirtschaftlichen Arbeiter ein, in der Praxis betonte er jedoch in erster Linie die Forderungen der Arbeiterschaft, und erhob eigentlich keinerlei Ansprüche, in denen die wichtigsten Interessen der Schichten der Kleinbesitzer zum Ausdruck kamen. Die örtlichen Gruppen des Verbandes der Landarbeiter kamen im ganzen Land, aber besonders auf der Tiefebene und im Südland schnell und in großer Zahl zustande. Ende 1906 näherte sich der Mitgliedstand des Verbandes dem 100 000, obwohl das die Regierung auch mit administrativen Mitteln verhindern wollte. Man brachte zahlreiche, die Interessen der landwirtschaftlichen Arbeiter verletzenden und die Tätigkeit der Landarbeitergewerkschaft verhindernden Rechtsnormen, die durch das „landwirtschaftliches Arbeiterschutzgesetz“ benannte Gutsarbeitergesetz, das sogenannte „Prügelbankgesetz“ abgeschlossen wurden.

Der Autor legt auch dar, daß die vor dem ersten Weltkrieg vom Verband der Landar-

beiter gestellten und während der bürgerlich-demokratischen Revolution im Jahre 1918 bzw. der sozialistischen Revolution im Jahre 1919 ins Stadium der Verwirklichung gelangten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Forderungen (politische Freiheitsrechte, institutionelle Ordnung des landwirtschaftlichen Arbeitsrechts, verbindliche Krankheits- und Unfallversicherung für alle Kategorien der landwirtschaftlichen Arbeiter usw.) durch die imperialistische Niederwerfung der Ungarischen Räterepublik vernichtet wurden. Das gegenrevolutionäre System setzte durch den Gesetzartikel 1920: XVIII und durch andere Gesetznormen, ferner durch den Abschluß des Bethlen-Peyer-Paktes ohne ein offizielles Verbot des Landarbeiterverbandes (der im November 1918 den Namen Verband der Landarbeiter und Kleinwirte aufnahm) der Tätigkeit der Landarbeiterorganisationen enge Schranken, bewilligte sie eigentlich nur als Hilfsverein. Von den dem zweiten Weltkrieg vorangehenden Jahren bis zur Befreiung Ungarns folgte für den Verband der Landarbeiter sogar eine noch kritischere Periode.

Das Werk des anerkannten Forschers der ungarischen Landarbeiterbewegung beruht auf einer äußerst breiten Quellenbasis (Archivmaterial, Presseartikel, Rechtsnormen, Memoiren, Bearbeitungen usw.). Es kann sowohl den Forschern des Themas geboten werden, als auch für alle, die sich für die Geschichte der Gewerkschaften interessieren.

Gizella Föglein

BODEN, REPUBLIK, STAATSSCHULEN!

DISKUSSIONEN IM UNGARISCHEN PARLAMENT 1944 – 1948

FÖLDET, KÖZTÁRSASÁGOT, ÁLLAMI ISKOLÁT!

VITÁK A MAGYAR PARLAMENTBEN 1944 – 1948

AUSGEWÄHLT UND EINGELEITET VON SÁNDOR BALOGH

Budapest, Gondolat-Verlag, 1980. 509 S.

Der Gondolat-Verlag unternahm die Veröffentlichung einer seltenen und interessanten Dokumentensammlung unter dem Titel „Boden, Republik, Staatsschulen!“. Wie darauf schon der Titel hinweist, bietet das Werk eine Einsicht in die erregenden, schicksalsvollen politischen bzw. parlamentarischen Kämpfe der auf die Befreiung

folgenden Jahre. Ein Dokumentensammlung in diesem Themenkreis, über die volksdemokratische Periode der ungarischen Geschichte wurde damit zum erstenmal herausgegeben. Die Wichtigkeit der Themenwahl begründet auch die Tatsache, daß das Parlament nach der Befreiung Ungarns das Forum war, wo die verschiedene Klassen

und Schichten vertretenden Parteien vor der breiten Öffentlichkeit ihren Vorstellungen über die Zukunft des Landes Ausdruck gaben.

Der zielbewußt systematisch ausgewählte Dokumentenband veröffentlicht aus der Unzahl der Parlamentsdebatten diejenigen über die Bodenverteilung, über die Erschaffung der Volksrepublik, über die Verstaatlichung der Schulen und die als ihr Ergebnis geschaffenen Gesetze.

Die Beseitigung des Großgrundbesitzsystems, des Königtums bzw. der Monarchie und die Trennung des Staates und der Kirche waren solche progressive, bürgerlich-demokratische Forderungen, welche in Ungarn durch die bürgerliche Entwicklung nicht gelöst werden konnten, die also sonderbarer Weise ein Jahrhundert lang die Schlüsselfragen des gesellschaftlichen Fortschritts blieben. Die Verwirklichung dieser Zielsetzungen wurde dann nach dem zweiten Weltkrieg mit der Erschaffung der volksdemokratischen Macht in einer von allen früheren abweichenden, wurzelhaft neuen historisch-politischen Lage auf die Tagesordnung gesetzt.

Aufgrund der authentischen Ausgabe des Parlamentjournals bieten die in ihrer ursprünglichen Gestalt, in vollem Umfang mitgeteilten Diskussionen einen Querschnitt darüber, wie die Parteien der Koalition und der bürgerlichen Opposition, bzw. ihre Vertreter in der Sache der einzelnen Gesetzentwürfe Stellung nahmen. Das soll auch deshalb betont werden, da die Diskussionen in die stetigen – bald stärkeren, bald schwächeren politischen Kämpfe, eingebettet, als ihr organischer Teil vor sich gingen, das heißt die Kräfteverhältnisse innerhalb und außerhalb der Koalition sich mittlerweile bedeutend modifizierten. Damit hing es auch zusammen, in welcher Reihenfolge

die einzelnen Gesetzentwürfe eingebracht wurden, bzw. wie sich der Name der Gesetzgebung veränderte. Über die Beseitigung des Großgrundbesitzsystems und die Bodenverteilung entschied die Interimistische Nationalversammlung, über die Erschaffung der Republik die Nationalversammlung, über die Verstaatlichung der Schulen das Parlament. Am Anfang des Werkes steht ferner die erste Gesetzgebung der volksdemokratischen Macht, „Die Proklamation der Nationalversammlung“.

Ein besonderer Vorzug dieser überaus wichtigen Dokumentausgabe ist die einleitende Studie, die samt der Auswahl der Texte das Werk von Sándor Balogh ist. Die längere Einleitung analysiert eingehend die zur Zeit der Entstehung der obigen Gesetze stattgefundenen Wandlungen des politischen Lebens, so z. B. die Parlamentswahlen 1944, 1945 und 1947, bzw. ihre sich in den politischen Kämpfen äußernde Wirkung. Die Studie informiert eingehend über die den Parlamentsdebatten der Gesetzentwürfe vorangehenden Verhandlungen und die Sitzungen der einzelnen Kommissionen der Gesetzgebung, ferner über die im Parlament vorgelegten Referate und die wichtigsten Stellungnahmen während der Diskussionen. Dadurch gewährt die einleitende Studie quasi einen Überblick, zu einem restlos amüsanten Lesen der Dokumentensammlung. Die sehr aufschlußreichen Anmerkungen von Lajos Izsák erklären die während der Diskussionen vor sich gegangenen, mit der volksdemokratischen Umwälzung zusammenhängenden Ereignisse, geben aber auch über die Tatsachen der vorangehenden Epoche und die einzelnen historischen Begriffe genaue Hinweise – das ist auch eine große Hilfe für die im Lateinischen nicht kundigen Leser.

Gizella Föglein

AGRARPOLITIK UND AGRARUMGESTALTUNG IN UNGARN 1944 – 1962

AGRÁRPOLITIKA ÉS AGRÁRÁTALAKULÁS MAGYARORSZÁGON

Herausgeber: SÁNDOR BALOGH und FERENC PÖLÖSKEI

Budapest, Akadémia-Verlag, 1973. 240 S.

Unser wissenschaftliches allgemeines Bewusstsein würdigte bisher nur wenig die Forscherbildungs und Weiterbildungswerkstatt der Gesellschaftswissenschaft, obwohl diese unter der Ägide und unmittelbarer

Organisation des Lehrstuhls für Ungarische Geschichte der Neuen und Neuesten Zeit der Philosophischen Fakultät an der Eötvös-Loránd-Universität seit zwei Jahrzehnten tätig ist. Da es sich um eine Hochschulin-